

Vor den Kommunen liegt ein steiniger Weg

Die Themen „Inklusion“ und „Barrierefreiheit“ stellen Städte und Gemeinden vor zunehmende Herausforderungen

Von Sabine Hebbelmann

Heidelberg/Rhein-Neckar. Wege in eine inklusive Kommune“ hatte der Landesbehindertenbeauftragte Gerd Weimer seinen Vortrag vor Vertretern von Städten und Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis überschrieben. Und er machte keinen Hehl daraus, dass diese Wege weit und mühsam sein können. „Inklusion ist etwas anderes als die Integration in den letzten 60 oder 70 Jahren“, stellte er klar. Bisher hätten die Behinderten immer eine große Anpassungsleistung erbringen müssen. Im „Zeitalter der Inklusion“



Landesbehindertenbeauftragter Gerd Weimer. Fotos: Hebbelmann

werde der Spieß umgedreht. Die Gesellschaft stehe nun vor der Aufgabe, „die Barrieren in den Köpfen wegzubekommen“ und die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass sie für alle passen. Der Sozialdezernent des Landratsamtes Roland Schulz mahnte an, auch die Autisten und ADHS-Kinder einzubeziehen.

„Die inklusive Gemeinschaft muss wachsen wie ein Mensch“, so Weimer. Sie beginne in der Kindertagesstätte und setze sich fort in den Schulen, bei Wohnen, Freizeit, Sport und – nach Möglichkeit – auf dem ersten Arbeitsmarkt.

In großen Behinderteneinrichtungen wie der Johannes Diakonie in Mosbach und Schwarzbach würden heute stationäre Plätze abgebaut und dezentrale Wohnmöglichkeiten in den Gemeinden aufgebaut, so Weimer.

„Wir müssen eine Lobby schaffen, dass die Bevölkerung dahintersteht“, sagte ein Teilnehmer. Versuchen, in den Köpfen etwas zu ändern – diese Anregung war während des Workshops wiederholt zu hören.

Dabei sei Inklusion nicht zum Nulltarif zu haben und der Erfolg hänge davon ab, ob Landrat oder Bürgermeister die Inklusion zur Chefsache machten. Mut machen Weimer beispielhafte Projekte in der Region: In Sinsheim etwa bietet die Stadtverwaltung eine kostenlose Ausbildung zum Inklusionsbegleiter.

Projektleiterin Maria Bitenc berichtete über einen steigenden Bedarf – beispielsweise an Schulen – und über großes



Positives Beispiel für Barrierefreiheit: Ein Rollstuhlfahrer gelangt auf dem Heidelberger Bismarckplatz ohne große Probleme in eine Straßenbahn.

Interesse der Teilnehmer an dem Kurs. Über mobile Rampen, die nur 100 Euro kosten und bei Bedarf etwa am Eingang von Geschäften zum Einsatz kommen, gab Heinrich Springer von der Schwetzingen Initiative „1001 Rampen“ Auskunft.

Karin Trietsch präsentierte die Eppelheimer Ideenwerkstatt „Inklusion findet Stadt“. Den Online-Stadtführer „hürdenlos“, der im September auch für

Leimen und Sandhausen freigeschaltet werden soll, stellte Martina Götz für den Vbl vor. Daneben empfahl Henri Rippl vom Heidelberger Beirat von Menschen mit Behinderungen den „Barriere-Checker“, eine neue Broschüre des Paritätischen Wohlfahrtsverband zur Durchführung von Veranstaltungen.

Vom mobilen Stützklappgriff für die Toilette bis hin zum kleinen Reihenmit-

telhaus, das als barrierefreies „Lebensstilhaus“ ausgebaut wurde, Nikolaus Teves von der Handwerkskammer zeigte vielfältige Möglichkeiten zum barrierefreien Umbau auf.

Fehlendem Wissen über technische, bauliche und finanzielle Hilfen begegnete die Handwerkskammer durch Schulungen und Informationsveranstaltungen.

„Wir haben 17 Jahre verpennt“

Gerd Weimer, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung, kritisiert die Inklusionspolitik der vergangenen Jahre

Heidelberg/Rhein-Neckar. (heb) „Henri hat geschafft, dass wir bundesweit über das Thema Inklusion und Schule diskutieren“, sagte der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Gerd Weimer (SPD), bei einem Vortrag im Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis (siehe weiteren Artikel). Inklusion gehe alle Schularten an, nicht nur Grundschulen und Gemeinschaftsschulen. In Karlsruhe, Stuttgart und Reutlingen gebe es jetzt auch Gymnasien, die bereit seien, Außenklassen für geistig behinderte Schüler einzurichten.

Henris Eltern hätten sich gewünscht, dass ihr geistig behinderter Sohn zumindest noch ein Jahr mit seinen Freunden zusammenbleiben und die fünfte Klasse des Walldorfer Gymnasiums besuchen könnte, berichtete Weimer. Danach hätte man sich noch einmal zusammensetzen können. Die Voraussetzungen in Walldorf seien da, die Schule habe sehr gute Ressourcen und habe ein gutes Angebot vom staatlichen Schulamt bekommen. „Ich fand es schade, dass es so ein klares Votum gegen die Aufnahme

von Henri gegeben hat.“ Ein Teilnehmer kritisierte die Lehramtsausbildung. Die Lehrer seien bislang maßlos überfordert, weil es noch keine verpflichtenden Angebote gebe. „Wo soll ich als angehende Lehrerin die Inklusion lernen?“ Nur aufgrund von studentischem Engagement gebe es an seiner Hochschule einen externen Lehrauftrag. Am Gymnasium in Walldorf, das unter dem Druck der Öffentlichkeit stehe, gebe es inzwischen Lehrer, die sich selbst weiterbildeten.

Weimer sagte, dass er selbst Gymnasiallehrer gewesen sei. „Wir alten Säcke wurden für zielgleichen Unterricht ausgebildet und haben noch Frontalunterricht gemacht“, so der Politiker. Es sei notwendig, dass die Lehramtsstudenten in Zukunft in allen Studiengängen auf ziel-differenzierten Unterricht vorbereitet würden.

Selbst an Gymnasien gebe es heute eine sehr heterogene Schülerschaft, daran müssten sich auch die Gymnasiallehrer

gewöhnen. Von der Landesregierung forderte Weimer zusätzliche Ressourcen. Die ursprünglich geplante Streichung von 11 600 Lehrerstellen sei bereits vom Tisch. Kultusminister Stoch wolle nun 4000 zusätzliche Stellen für die Inklusion schaffen. Das sei wichtig, so Weimer, „denn sonst produzieren wir Inklusionsverlierer.“ Wenn Inklusion nicht gut gemacht

werde, könne sie schnell zum negativ besetzten Kampfbegriff gemacht werden.

Weimer erläuterte, warum sich Deutschland beim Inklusionsindex noch hinter Entwicklungsländern wiederfinde. Nach 1945 habe man hierzulande alles neu erfunden und neun verschiedene Sonderschulen für jede Form von Behinderung entwickelt. „Sie leisten gute Arbeit, wirken aber exklusiv“, so der SPD-Politiker.

„Ich will keine Sonderschulen schließen, aber wir brauchen das Wunsch- und Wahlrecht für Schulen und Werkstätten“, so Weimer. „Wir haben 17 Jahre ver-

pennt“, lautet sein schonungsloses Urteil über die bisherige Inklusionspolitik. „In der Großen Koalition haben wir probiert, wie Inklusion in der Grundschule funktionieren kann.“

2001 sollte dann die Sekundarstufe I an die Reihe kommen. Doch die neue Regierung habe nur noch Außenklassen zugelassen. Nach der UN-Konvention seien dann für einen Zeitraum von drei Jahren fünf Modellregionen eingerichtet worden.

An der UN-Konvention, die besagt, dass Kinder mit und ohne Behinderungen ein Recht auf gemeinsames Lernen haben, komme keiner vorbei, machte Weimer deutlich. Sie sei 2009 einstimmig beschlossen worden, und zwar sowohl vom Bundestag als auch vom Bundesrat.

Kultusminister Stoch habe ihm versprochen, das neue Schulgesetz, das unter anderem die verstärkte Umsetzung von Inklusion beinhaltet, noch vor der Sommerpause auf den Weg zu bringen. Zum Schuljahresanfang 2015/16 könnte es dann in Kraft treten.

„Das ist Henri zu verdanken“